

Die Wimmeise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Wimmeise“ beträgt für In- u. Auslands- bezüher 1 Goldmark monatlich
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brahestr. (Neubau).
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Junger Arbe zum Ganzen und laßst Du selber sein Ganzes werden
••••• Als dienendes Glied laßst an ein Ganzes Dich an •••••

Anzeige: Die 6spalt. Zeitspalt wird mit 0,20 Goldmark für Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postfachkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

~ Zum 1. Mai ~

Und wieder ist der erste Mai,
Und wieder ist der Rückwärtsbrei,
Das Pad von Geldsacksgnaden,
Dabei, sein eitles Herrenium,
Sein Herrenium zu Mammons Ruhm,
Dem Volke aufzuladen!

Achtstundentag! Das ist der Pfad,
Der diesen feissen Rückwärtsbrei
Greift an die feissen Nieren!
Das hat bei ihm die Waf entfacht,
Nun gibt er seine plumpe Macht
Dem Arbeitervolk zu spüren!

Und ob Ihr auch, brutal und dumm,
Mit Elend und mit Hungertum
Das Arbeitervolk wollt zwingen —
Wir lachen Euch ins Fettgesicht!
Ihr hemmt uns, doch Ihr zwingt uns nicht!
Es wird Euch nicht gelingen!

Und wenn es da und dort gelingt,
Wenn Ihr durch Not und Hunger zwingt
Das Volk zu längerer Ironie:
Es kommt der Tag, wo Schlag am Schlag
Wir wieder den Achtstundentag
Erobern, Euch zum Hohne!

Dies unser Schwur am ersten Mai:
Auf keinen Fall verzichtet sei
Auf unsre Menschenrechte!
Achtstundentag sei das Banner,
Nur diesem Banner folgen wir
Zum Trost der Mammonstnechte!

Es gehe wie ein Wetterschlag
Durchs Volk: Hoch der Achtstundentag
Heut' und auf alle Fälle!
Früh auf, mein Volk, zum ersten Mai!
Sei einig! Dann wirst Du auch frei!
Dann frohen wir der Höhe!

Und Schlag auf Schlag! Am vierten Mai,
Dann tritt das Volk zur Arne frei,
Soll Volksvertreter füren!
Stimmt nieder dann den Rückwärtsbrei
Samt Pfaffen und Phylisteren! —
Dies wird zur Freiheit führen!

©-8.

Mai-Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Der Internationale Gewerkschaftsbund richtet anlässlich des bevorstehenden 1. Mai einen dringenden Appell an alle Landeszentralen, das Maximum ihrer Kräfte einzusetzen, um dem Weltfeiertag der Arbeit einen großartigen und außerordentlichen Charakter zu geben, wie ihn die heutige Lage erfordert.

Allen ihren Forderungen voran muß die international organisierte Arbeiterklasse den Kampf für den Frieden stellen.

Gegen Krieg und Militarismus muß sie die volle Macht ihres Kampfes richten.

Der Friedensgedanke der Arbeiter ist aus ihrem Klassenbewußtsein entstanden und eng verbunden mit ihren Fortschritts- und Freiheitsideen, die gegründet auf die Solidarität aller Völker, sie zu unerbittlichen Gegnern des Krieges macht und sie zwingt, die Idee der Freiheit und Gerechtigkeit unloslich mit der Friedensidee zu verknüpfen.

Die ganze internationale Arbeiterbewegung hat den Friedenswillen des Proletariats zu ihrem Ausgangspunkt. Für den Frieden arbeiten, heißt für die proletarische Befreiung arbeiten!

Diese Wahrheit hatte zu allen Zeiten ihre Geltung; sie hat sie heute mehr als je.

Die Welt — und namentlich Europa — kann sich aus dem Elend und den Ruinen des Krieges nur erheben durch den Frieden — durch einen Frieden, der die Zusammenarbeit der Völker ermöglicht, die mehr als je ihre Kräfte vereinen müssen, um der wirtschaftlichen Desorganisation und

dem finanziellen Zusammenbruch, die den durch Krieg verursachten Katastrophen neue hinzuzufügen, ein Ende zu machen.

Gegenüber dem auf der schlimmsten sozialen Rückständigkeit gegründeten völkerverheerenden politischen Nationalismus, gegenüber dem wirtschaftlichen Nationalismus, von dem nur der Besitz profitiert, muß die Arbeiterklasse eine internationale Organisation der Wirtschaft fordern, die sich auf der friedlichen Zusammenarbeit aller Völker und auf dem Prinzip der internationalen Verteilung der Rohstoffe aufbaut.

Laut und allen vernehmlich muß die Arbeiterklasse ihre Stimme für ihre Forderungen und Grundsätze erheben.

Sie muß die tatsächliche Organisation des Friedens fordern durch eine allgemeine Abrüstung, um zugleich die Völker von unerträglichen Lasten zu befreien sowie durch Errichtung eines obligatorischen Schiedsgerichtes zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten.

Die Arbeiterklasse muß ferner alle ihr zukommende soziale Gerechtigkeit verlangen, indem sie auf einem immer weiteren Ausbau der Rechte der Arbeit besteht.

Die internationale Arbeitsgesetzgebung darf nicht toter Buchstabe bleiben; die Abkommen müssen durch gesetzliche Festlegung lebendige Wirklichkeit werden.

Die Schaffenden, die Schöpfer des Reichtums, durch deren Arbeit die Gesellschaft lebt, fordern ihren Anteil an der Kontrolle und Verwaltung in der Or-

Für den Internationalen Gewerkschaftsbund:

L. Jouhaug (Frankreich), Th. Leipart (Deutschland), Corn. Mertens (Belgien)

J. Oudegeest, Joh. Sassenbach, J. W. Brown
Sekretäre.

Maifeier 1924.

Die Monate seit der letzten Maifeier waren Leidensmonate für das Proletariat Deutschlands. Krise und Unternehmerrandnot gegen den Staat, verbunden mit einer räubersichen Inflation, haben Grundfundamente seiner Organisationen vernichtet und ihm Wunden beigebracht, die den Gegnern veranlassen, im Augenblick der größten Not vorzustoßen und die Stellungen zu berennen. Recht und Gesetz sind dabei niedergestampelt worden und brutale Macht siegte auf allen Gebieten, weil das herrschlusterne Unternehmertum mit allem Geld und Hilfstruppen im Bunde stand. Es hatte sich selbstverständlich die Reaktionsmächte durch starke finanzielle Anwendungen als Kampfrücken gesichert, die das politische Feld zu heuern hatten. Was die zuweilen brachten, verfestete die Weltatomosphäre und brach die letzten Stützen staatlicher Freiheit und Gerechtigkeit im Innern.

Krise, Not, Arbeitslosigkeit zerstörten den Gult vieler Tausender unserer Volksgenossen; aber was die Reaktion im blinden Wüten an Volks- und Staatsverbrechen beging, läßt die Folgen seiner Elendsdemonstrationen gar nicht mehr erkennen, so gering sind diese im Vergleich zu den Verbrechen aller Art der Feinde der Arbeiterklasse.

Die Herrscher im Bunde mit ihren mehr oder minder bewaffneten, zweifelhaften, verröteten Helfershelfern kümmerten sich nicht im geringsten um ihre Opfer: die hungernden Menschen, die Verzweifelten, die Kranken, die Siechen, die Haltlosen, die Arbeitslosen, die Waisen, die Bedrückten, die Gequälten, die Detrogenen, die Irreführten wurden höchstens noch viel mehr gepeinigt und dadurch Horn, Haß, Wutgefühle und niedrigste Instinkte vermehrt, anstatt kulturelle Gesundung anzubahnen.

Das wahre Gesicht der kapitalistischen Gesellschaft war es, was sich so brutal, blutbeschnitert, frech, listern, roh, gewalttätig, profugierig allen Augen offenbarte. Noch zeigt es seine Frage mit allen daraus hervorleuchtenden Schandmalen.

Aber es soll nicht ewig die Menschen schrecken und Grauen bereiten.

Die Mehrzahl der Menschen wird nicht immer gequältes Opfer einiger weniger Wirtschaftsmächtiger und Helfershelfer sein.

Diese „Ordnung“ darf nicht bleiben. Sie muß einer wirklich besseren Gesellschaftsordnung Platz machen.

Dahin zielen die Bestrebungen der organisierten Arbeiter der Erde, die sich eigens für diesen heiligen Zweck den 1. Mai jedes Jahres als Demonstrationstag bestimmt haben.

In den Aufrufen der größten Arbeiterorganisationen der Welt, der Gewerkschaften, sind die einzelnen Forderungen programmatisch gegliedert. Dafür werden Millionen Einzelmitglieder von mächtigen Gebilden am 1. Mai ihre Stimme erheben. Sie werden das aber nicht nur fordern und sich etwa damit zufrieden geben, wenn nichts darauf geschieht. Diese geballten Massen werden auch ihre Forderungen allmählich in die Tat, die betreibende Tat, umzusetzen wissen.

Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund für den ersten Mai herausgegebene Forderung „Gegen den Krieg“ wird zur Tat, wenn seine Glieder den Willen durchsetzen. Damit wird auch der Träger des Krieges, der Militarismus, verschwinden müssen und all die Kriegsbeter, die wilden, verunglückten Nationalisten mit all ihrer Völkerverheerung. Es ist genug der Grenel und der Vermüftung, fordert die organisierte Arbeiterschaft im Namen aller Heimgelichteten.

Internationale Streitigkeiten unterliegen der internationalen Schlichtung von Schiedsgerichten, verlangen wir.

Die durcheinandergelassene Wirtschaft bedarf bringend der Organisation und dieses Problem dringend der Lösung, damit endlich einmal die Scharen der Arbeitslosen in vielen Ländern wieder der Produktion zugänglich gemacht werden; alle Bedürftigen müssen sich ordnungsgemäß kleiden und sattessen können, während eine ferne, höfische Schicht im Ueberflus schwelgt, ist eine unserer Forderungen.

Die Arbeit, von der alles Wohlleben, alle Werte abhängen, muß ihre Rechte weiter ausbauen können und die staatliche Arbeitsgesetzgebung durch internationale Abmachungen in allen Staaten gleiche Anerkennung finden. Das zu verlangen, ist unser sittliches Recht.

Das wichtigste Glied im Produktionsprozeß, der Arbeiter, hat daran kaum wesentlichen Anteil. Er wird mehr als das fünfte Rad am Wagen behandelt, von ihm werden nur Pflichten verlangt und die Rechte vorenthalten. Wenn die Wirtschaft geüben und fruchtbringend wirken soll, muß dem Arbeiter die Anteilnahme erwirkt werden. Diese Forderung erheben wir.

Der Achtstundentag ist eine Kulturfrage für die Arbeiter aller Länder. Dafür haben sich gerade in Deutschland, wo die Unternehmer mit Gewalt dessen Abschaffung erstreben, die Ar-

beitermassen an ihrem Weltfeiertag einzusetzen und für die völkliche Eroberung zu rufen. Gewerkschaftler, kämpft dafür!

Die Sozialversicherungen wurden in Deutschland mit abgebaut und den Arbeitern damit Rechte genommen. Der Zustand ist unwürdig. Aber auch alle anderen Staaten haben auf Drängen der Arbeiter eine zeit- und zweckensprechende Sozialgesetzgebung einzuführen, denn die Arbeiter brauchen den Schutz mehr als jede andere Gesellschaftsschicht und müssen ihn deshalb fordern.

Das sind die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder. Dafür setzen sie sich am Maientag ein.

Wer will da zurückbleiben, wenn es gilt, für seine Sache einzutreten, zu demonstrieren und dafür unausgesetzt zu handeln? Kein Arbeiter und keine Arbeiterin! Sie alle bedürfen ein besseres Dasein, die Freiheit, die soziale Gerechtigkeit.

Aber auch das Zusammenstreben der proletarischen Massen, das gegenseitige Stützen, Anregen, Wollen, der heilige Eifer, die Ueberzeugung und die Erkenntnis helfen vorwärts auf dem steinigen Weg zum Kampf für unsere Menschenrechte.

Anverzagt wollen wir am 1. Mai wieder das Gelübde ablegen, unausgesetzt auf der Bahn unter schweren Opfern weiter zu wandeln, bis wir am Ziele sind.

Wenn auch die Feinde der Arbeiterschaft augenblicklich noch über uns triumphieren, wenn sie in den letzten Monaten auch Stellungen erobert haben, so haben sie noch lange nicht gestiftet.

Gerade bei unseren Massendemonstrationen am 1. Mai können wir darauf verweisen, daß wir wieder im Aufstieg begriffen sind. Von Woche zu Woche erstarben die Gewerkschaften. Sie haben sich in der kurzen Zeit nach der Inflation schon wieder so weit gekräftigt, daß sie zum Angriff übergehen. Und wenn Kampfesmut und Opferwille noch so lebendig sind, wie sie bei den Kämpfen in Oberfranken zum Ausdruck kamen und auch in anderen Gewerkschaften zu bemerken waren, so läßt sich schon sagen: Unter diesen Zeichen der Ueberlegenheit kommen wir unseren Zielen näher.

So gläubig muß der Geist sein, der in unseren Reihen lebt, so tief müssen Glaube und Erkenntnis wurzeln, so unbeugsam und geschlossen müssen die Massen stehen, wenn sie in den Kampf ziehen.

Dann kommen wir vorwärts. Diese feste Zuversicht muß am Maientag wieder Millionen Herzen stärken und mit neuem Schwung beleben.

Gewerkschaften und Lohnproblem.

Berlin, den 11. April 1924.

An den Herrn Reichskanzler
Berlin.

Angesichts der Versuche der Arbeitgeberorganisationen, bei der Reichsregierung und in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als ob eine auch nur geringe Erhöhung des jetzigen Lohnniveaus eine Erschütterung der Währung mit sich bringen könne, halten es die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften für ihre Pflicht, der Reichsregierung die Gesichtspunkte zu unterbreiten, deren Würdigung für eine zureichende Beurteilung der wirtschafts- und währungspolitischen Lage unerlässlich erscheinen. Wir stellen fest, daß das Lohnniveau der deutschen Wirtschaft weiter unter dem des Weltmarktes liegt. Die Differenz zwischen den deutschen und den Weltmarktlöhnen ist erheblich größer als die Belastung der deutschen Industrie durch die Ausfuhrerschwierigkeiten.

Unter voller Würdigung der Schwierigkeiten, in denen sich die deutsche Industrie, vor allem im Westen, infolge der Belastung durch die Währungsverhältnisse befindet, müssen wir jedoch feststellen, daß die Ausfuhrmöglichkeiten der deutschen Industrie zu einem großen Teil dadurch behindert sind, daß die Industrie es bislang noch nicht verstanden hat, sich in bezug auf ihre Preisbildung auf die Notwendigkeiten einzustellen, die sich aus dem Ubergange zu einer stabilen Währung unbedingt ergeben müßten. Die Erfahrung hat gezeigt, daß oft nur eine ganz kleine, mit der Wirtschaftlichkeit und Rentabilität der Betriebe durchaus zu vereinbarende Herabsetzung der Preise genügt, um den Ausfall des Absatzes wieder einzuholen. Dieser Ausfall und die vom Standpunkt der Wirtschaft aus unverständliche Preispolitik scheint uns eine der größten Gefahren für die Erhaltung der stabilen Währung zu bedeuten, denn sie ist neben der Zulassung von Luxusimporten die Ursache für die starke Passivität unserer Handels- und damit auch unserer Zahlungsbilanz. Eine weitere schwere Gefahr für die Währung erblicken wir in der falschen Kreditpolitik, die nicht genügend unterscheidet zwischen Krediten für wirklich produktive Zwecke und solchen, die der Finanzierung einer falschen Konsumtion dienen. Die letzten Beschlüsse der Reichsbank scheinen uns eine Bestätigung dieser unserer Auffassung zu sein.

Die hieraus folgenden Aufgaben der Handels-, Wirtschafts- und Kreditpolitik scheinen uns für die Erhaltung einer stabilen Währung viel vorrangiger zu sein, als das von den Organisationen der deutschen Arbeitgeber verfolgte Niedrighalten der Löhne. Man darf nicht vergessen, daß eine gesunde Lohnpolitik am meisten geeignet ist, durch Förderung der Kauf- und Sparkraft der breiten Massen die Wirtschaft zu beleben und dadurch die Zahl der Erwerbslosen zu vermindern.

In der gleichen Weise sind auch die außerordentlich niedrigen Erwerbslosenziffern zu beurteilen, die heute weit unter dem Existenzminimum liegen und dadurch eine gewaltsame Einschränkung der Kaufkraft herbeiführen und die Erwerbslosenziffer auf die Dauer hochhalten.

Wir glauben, daß eine Beurteilung unserer Wirtschaftslage unter den vorstehenden Gesichtspunkten eher geeignet ist, die wirtschafts- und finanzpolitischen Schwierigkeiten zu beheben, als der Versuch, die währungspolitischen Aufgaben einseitig unter einem unklaren Blick nach falschen lohnpolitischen Gesichtspunkten zu behandeln. Wir würden großen Wert darauf legen, wenn wir unsere Auffassung dem Herrn Reichskanzler darlegen dürften und wären dankbar, wenn zu dieser Besprechung der Herr Reichsminister der Finanzen, der Herr Reichswirtschaftsminister und der Herr Reichsarbeitsminister hinzugezogen würden. Wir fügen in der Anlage eine ausführliche Darstellung unserer Gesichtspunkte bei.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner Freier Angestelltenbund.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.

Deutscher Gewerkschaftsbund.

Anlage zum Schreiben der Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften vom 11. April 1924 an den Herrn Reichskanzler.

Die unverkennbar grundsätzliche Stellungnahme der Reichsregierung zu der Frage des zurzeit für die deutsche Volkswirtschaft tragbaren Lohnanteils und die im Rundschreiben der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände vom 28. März 1924 an die Regierung und die amtlichen Stellen gerichteten lohn- und währungspolitischen Forderungen zwingen die Spitzenorganisationen der deutschen Arbeitnehmerverbände, auch ihrerseits der Reichsregierung die von den deutschen Gewerkschaften vertretene Auffassung über Lohnhöhe und Lohnanteil darzulegen.

Die Verhandlungen über die Lohnregelung für die im Eisenbahn- und Postdienst beschäftigten Arbeitnehmer beweisen, daß die Reichsregierung fürchtet, durch eine Erhöhung des derzeitigen Lohnniveaus die deutsche Wirtschaft und damit die Währungsstabilität zu gefährden. Der Beschluß der Reichsregierung, die von dem Reichsarbeitsminister beantragte, an sich viel zu geringe Erhöhung der Unterstützung für die Erwerbslosen abzulehnen, geht von der gleichen Verurteilung aus. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat in ihrem Rundschreiben ausgeprochen, daß es Pflicht der Regierung sei, sich gegen die mit einer allgemeinen Lohnerhöhung für die Währung verbundene Gefahr mit allem Nachdruck zu stemmen. Vom Reichsarbeitsministerium und von den Schlichtern wird verlangt, daß auch sie ihrerseits diesen Gefahren Rechnung tragen. A. h. ihren amtlichen Einfluß gegen Lohnerhöhungen einzuwenden. Die Lohnerhöhung wird als die schwerste der Rentenmarkt und der Wirtschaft und damit auch der Arbeiterschaft drohende Gefahr bezeichnet. In der Stellungnahme der Reichsregierung zu der Frage der Lohnregelung für die im Eisenbahn- und Postdienst beschäftigten Arbeitnehmer erblicken die Gewerkschaften die Auswirkung des von der Spitzenorganisation der deutschen Arbeitgeber an die Reichsregierung ausgeübten Druckes.

Die unterzeichneten Spitzenorganisationen wenden sich mit allem Nachdruck gegen die einseitige Auffassung, daß von der Lohnseite her der deutschen Wirtschaft ernste Gefahren drohen, und daß zur Vermeidung dieser Gefahren der Lohnanteil des deutschen Arbeiters und damit seine Lebenshaltung auf das allergeringste eingeschränkt bleiben müsse. Der deutsche Arbeiter, Angestellter und Beamte leidet seit Jahren unter der von den Interessenten geschäftlich genährten Auffassung, daß die im internationalen Güterausgleich vorhandene Abwanderung der deutschen Wirtschaft auf Kosten seines Lohnanteils ausgeglichen werden müsse. Das Resultat dieser Auffassung ist eine sozialpolitisch und wirtschaftspolitisch gleich bedenkliche Senkung der Lebenshaltung dieser Schichten. Wirtschaftspolitisch ist dies vor allem deshalb, weil der Binnenmarkt durch die Herabsetzung der Kaufkraft stark zerrütet und die Bedarfsdeckung in fast alle Bahnen gedrängt wurde. Die Senkung der Lebenshaltung ist um so bedenklicher, als sie den Wohlstand in einem Maße dem Vorwurfe des sozialen Dumpings aussetzt und damit zu gesteigerten Abwehrmaßnahmen des Auslandes bereits geführt hat, während in Wirklichkeit, infolge der zu hohen Exportpreise die Ausfuhr trotz Niedrighaltung der Löhne nicht in Gang kommt. Das Herabdrücken der Arbeitsbedingungen verleiht insbesondere durch den relativ sinkenden Lohnanteil am Produkt zu einer Verknüpfung der technischen und betriebsorganisatorischen Verbesserungen und damit zu einer dauernden Steigerung der Wirtschaftspraktik. Sie führt weiter zu dem bedauerlichen Abwandern von hoch qualifizierten Arbeitkräften in das Ausland, die dort eine wesentliche Bereicherung der mit uns konkurrierenden Industrie darstellen.

Die Lasten der Erhaltung unserer Exporte durch Antidumpingzölle und Reparationslasten wird anerkannt. Ebenso, daß die Zurückgewinnung des Exportes Voraussetzung der deutschen Wirtschaftsentwicklung ist. Falls aber ist es, die Ursache der im Auslandsmarkt zu hohen Preisstellung der deutschen

Waren im Lohnanteil oder in den sonstigen Arbeitsbedingungen des deutschen Arbeiters zu suchen. Die im Vergleich zum Weltmarkt niedrigen Arbeitslöhne müßten der Industrie starke Absatzmöglichkeiten schaffen, falls sie eine elastische und gesunde Preispolitik durchführt. Im Wettbewerb auf dem Auslandsmarkt hat die deutsche Industrie hinsichtlich der Löhne einen außerordentlichen Vorsprung.

Einseitigkeit des Arbeitseffektes hält der deutsche Arbeitnehmer Vergleich mit den Arbeitnehmern des Auslandes aus. Die gelegentlich veröffentlichten Zahlen über einen Rückgang des deutschen Arbeitseffektes entkommen sämtlich einseitig beeinflussten Interessentenkreisen. Aber es muß darauf hingewiesen werden, daß die gleiche Klage in jedweden anderen Lande erhoben wird, so daß ein Sinken des Arbeitseffektes in Deutschland, wenn solches in einzelnen Fällen wirklich nachweisbar wäre, kompensiert würde durch gleiche Erscheinungen im Ausland. Die früher von der deutschen Wirtschaft beklagte Unwirtschaftlichkeit der Arbeit infolge der Auswirkung des Entlassungsrechtes des Arbeiters resp. des mangelnden Entlassungsrechtes des Arbeitgebers ist durch den Fortfall der Demobilisationsbestimmungen beseitigt, so daß heute ein tatsächlicher Rückgang des Arbeitseffektes durch eine dem Arbeitgeber mögliche Arbeitsorganisation behoben werden kann.

Auch der Einwand, daß die Vorbelastung der deutschen Wirtschaft durch Steuern und sozialpolitische und andere Verpflichtungen sehr viel stärker sei als im Auslande, und daß ein Ausgleich nur durch entsprechende Lohnsenkung erfolgen könne, ist nicht stichhaltig. Einmal ist diese Vorbelastung nicht so hoch, wie von den Interessenten behauptet, zum anderen muß beachtet werden, daß die öffentlichen Finanzen anderer Länder sehr starke Ansprüche an die Steuerkraft der dortigen Wirtschaft stellen.

Wenn trotz des ganz erheblich geringeren Lohnanteils und trotz eines zurzeit mindestens gleichwertigen Arbeitseffektes die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Waren bedroht ist, so muß nach den wirklichen Gründen dieser Erscheinung geforscht werden. Die wesentlichste Ursache der Schwierigkeiten liegt in einer in der Inflation hervorgerufenen und immer noch künstlich aufrechterhaltenen falschen Organisation unserer Wirtschaft. Es werden die gänzlich unwirtschaftlichen Betriebe in Handel, Gewerbe und Bankwesen künstlich durchgehalten. Dadurch wird die Lebenshaltung der breiten Volksmassen in unproduktiver Weise verteuert und das Preisniveau gesteigert.

Es ist die Ausschleudung der zahlreichen parasitischen Zwischenglieder aus der Wirtschaft notwendig, die heute durch den übermäßigen Gewinn bei einem relativ kleinen Umsatz künstlich gehalten werden. In einer Zeit, die Millionen von Arbeitern beschäftigungslos machte und einem fürchterlichen Elend auslöste, ist die Zahl der Konkurse kaum merklich gestiegen, d. h. Konkurse sind tatsächlich fast gar nicht eingetreten. Dieses war nur möglich, weil der warenwertende Gewinn ungeheurer Höhe war. Statt eines mäßigen Unternehmergewinnes werden viel zu hohe Ansätze für Risikoprämien, Eigenkapital und Unternehmer- und Handelsgewinn in die Kalkulation eingestellt. Diese Gesamtbelastung bildet ein Vielfaches des früher üblichen Unternehmergewinnes. Ein Preisabbau von auch nur 1 Proz. würde in seinen Auswirkungen etwa eine Milliarde Goldmark jährlich erreichen und damit den Reallohn der breiten Massen beträchtlich steigern. Diese Tatsachen werden auch allgemein anerkannt. Trotzdem soll fortgeführt werden, steigende Gewinne unter Aufrechterhaltung der Preise durch weitere Minderungen des Reallohnes zu erzielen, anstatt Wege zu suchen, die geeignet sind, eine falsche Wirtschaftsorganisation anzustellen, die auch bei den niedrigsten Löhnen jede Wiedererfindung unmöglich machen würde. Ursache dieser verteuerten Belastung ist u. a. die falsche Kreditpolitik, die den unwirtschaftlichen Betrieben und Zwischengliedern ihr Durchhalten und das Aufstapeln der Warenbestände ermöglicht.

Die Gewerkschaften müssen es ablehnen, einer weiteren Steigerung des „Entbehrungsfaktors“ der breiten arbeitenden Massen unfähig zuzugehen, nachdem die Erfahrung zeigt, daß diese Entbehrung nicht zugunsten der Steigerung des deutschen Wettbewerbs oder der deutschen Produktivität, sondern zugunsten von Luxusverbrauch der höheren Schichten, unwirtschaftlicher Gestaltung der Volkswirtschaft und Einschränkung der wichtigsten Produktionsgrundlagen der Wirtschaft, nämlich des Inlandsverbrauchs der breiten Bevölkerungsschichten der Arbeiterschaft und des Mittelstandes erreicht wird.

Die Gewerkschaften müssen daher fordern, angemessene Erhöhung der Löhne entsprechend den steigenden Lebenshaltungskosten und dem Lohnanteil in der Volkswirtschaft und in den konkurrierenden Auslandsindustrien. Belastungen der Wirtschaft und des Volkes durch die außenpolitische Lage Deutschlands dürfen nicht einseitig von der Arbeiterschaft allein, sondern müssen zugleich vom Kapital und durch Verringerung der zwischen Kapitalvertrug und Arbeitskraft eingeschalteten übermäßig großen Kosten an Zwischenhändlern und Zwischenhändler getragen werden. Der notwendige Preisabbau muß erreicht werden durch Verringerung des Kapitalprofits, Ausschaltung der überflüssigen Zwischenglieder und Zwischenkosten. Dem durchgeführten Beamten- und Angestelltenabbau in der Verwaltung muß ein nicht minder richtiger Abbau der überflüssigen Zwischenglieder und veralteten Arbeitsmethoden der Wirtschaft entsprechen. Erst daraus ergibt sich dann eine Steigerung der Massenkaufkraft, die ihrerseits die Arbeitskraft und den Beschäftigungsgrad hebt und damit die toten Kosten in Staat und Wirtschaft senkt.

Geschichtliches

über die Regelung der Arbeitszeit.

Von Gustav Reinhardt-Kahl.

Im Brennpunkt des Interesses steht gegenwärtig bei den Arbeitern der ganzen Kulturwelt die Arbeitszeitfrage. Noch in keiner Zeit hat diese Frage so leidenschaftliche Diskussionen ausgelöst wie in der Gegenwart. Und das ist erklärlich und auch gut so; denn die Beantwortung dieser sehr wichtigen Frage heißt sich mit Kulturfragen beschäftigen. Aut ist diese Frage erst geworden, als die Arbeiter von dem Hohngeißel der geregelten Arbeitszeit, und zwar von dem Ideal der Arbeitszeitregelung, von dem Achtstundentag, getrieben, in den Kämpfen aller Länder daran gingen, die Arbeiterfrage nach dem Kriege ohne schweren Kampf in der Epoche des achtstündigen Arbeitstages wieder zu nehmen. Im Jahre 1846 wird die Idee des achtstündigen Arbeitstages von den bürgerlichen Zeitungen und den Vorführern der besitzenden Klasse als eine „Frucht des sozialdemokratischen Umsturzes“ verächtlich, was der sozialdemokratischen Partei nur zur Ehre gereichen kann. Aber es erscheint doch notwendig, einmal in der Geschichte nachzublättern, die nachweist, daß diese Idee bereits vier Jahrhunderte vor der Gründung der Partei aufgetaucht ist. Bereits 1516 entwickelte der englische Philosoph Thomas More in seinem Buche „Utopia“ den Gedanken einer genaueren, der Interessen der Arbeit dienenden Tageseinteilung mit der Maßgabe, daß von den 24 Stunden des Tages nur 6 zur Arbeit bestimmt sein sollen. „Diese kurze Zeit“, sagt er, „ist mehr als genug, um einen Ueberschuß an allen Sachen zu erzeugen, die des Lebens Notdurft und Annehmlichkeit erfordern.“ Ungefähr anderthalb Jahrhunderte später schrieb Comenius in seiner „Didactica magna“ im 15. Kapitel folgendes: „Der natürliche Tag hat 24 Stunden, von denen, wenn wir für den Gebrauch des Lebens von einer Dreiteilung ausgehen, acht Stunden auf den Schlaf, acht Stunden auf die äußeren Geschäfte (für Gesundheitspflege, Mahlzeit, Erholung und Unterhaltung usw.) entfallen und schließlich für die ersten, nimmst du mit Munterkeit und ohne Ueberschuß zu verrichtenden Arbeiten noch acht Stunden übrig bleiben werden. Wöchentlich also (wenn der siebente Tag ganz für die Ruhe bleibt) wird es 48 Arbeitsstunden geben.“

Hundert Jahre nach Comenius trat der französische Philosoph Helvetius in seinem Werke „Ueber den Menschen“ eine Regelung der Arbeitszeit ein. Er legte dar, daß sich die richtige verstandene Einzelinteresse mit dem öffentlichen oder meininteresse verschmelze; nichts aber laufe gegen das meininteresse als eine große Menge Proletarier, die immer in Gnade oder Ungnade in der Hand der Eigentümer stehen. Solchem Unheil zu wehren, sei Aufgabe der Gesetzgebung und der Verwaltung. Es gelte, die ungleiche Verteilung des Reichtums zu beseitigen. Es gibt nur zwei Klassen: Reiche, die im Ueberschuß leben, und Arme, die im Mangel leben. Helvetius empfiehlt, um die überflüssigen Schätze gerecht zu verteilen und dem Arbeiter Wohlstand zu verhelfen: „Lasset ihn nur sieben bis acht Stunden arbeiten, dann werden die Staaten nicht mehr von Mitleiden wimmeln.“ Helvetius beantwortet die Frage der Arbeitszeitregelung vornehmlich unter ökonomischen und sozialpolitischen Gesichtspunkten. Er war einer von den Philosophen, auf das Wort Johann Gottlieb Fichtes zutrifft: „Der Ausgangspunkt aller Wissenschaft sei, zu rechter Zeit das allgemeine Leben und die ganze menschliche Ordnung der Dinge zu gestalten.“ Seine Gedanken waren die, daß sich der Arbeiter bei der von ihm vorgeschlagenen Maßregel der Arbeitszeitverkürzung erhöhen würde, wodurch sich auch das Einkommen des Arbeiters verbessere. Eine größere Anzahl von Arbeitern, die ohne Arbeitslosigkeit im Lande umherzieht ohne Arbeit und deshalb ohne Einkommen (wir nennen diese Modernen: die „industrielle Reservearmee“), würde eingereicht in die Produktion. Der einzelne könnte seine Kraft schonen und sie für längere Zeit gebrauchen, während er in der freien Zeit bilden und erziehen kann. Helvetius würde, wenn zu seiner Zeit die Sozialdemokratie schon existiert hätte, mindestens als Sozialdemokrat verfahren und deshalb in Acht und Bann gekommen sein. Sein Erstlingswerk: „Ueber dem Geist“ wurde sowieso auf Veranlassung des Merus im Jahre 1759 in Paris öffentlich verbrannt.

Es muß berücksichtigt werden, daß zur Zeit Thomas More's noch keine Industrie vorhanden war, daß man nicht von der Maschine wußte, daß die Staaten nicht so dicht bevölkert waren. Der Scheidungsprozess nach Klassen würde allerdings schon in jener Zeit tiefen Fortschritt; denn die Handwerkermeister und die Handwerker der damaligen Zeit nahen sich zu den Patriziern, während die Handwerksmeister und Handwerksleute ausschließlich als Arbeiter angesehen und behandelt wurden, deren Dasein in Gottesfurcht und 12- bis 15stündiger Arbeitszeit gipfelte.

Das Ende des 18. Jahrhunderts läutete dem ehemals mächtigen Handwerk das Jahrgelocklein. An seine Stelle trat die Manufaktur, und mit geflügelten Schritten ging die Entwicklung zum Fabrikbetrieb über. Zur Zeit des Helvetius lag die moderne Industrie in ihren ersten Anfängen. Der Kapitalismus wurde nach der Revolution Ende des 18. Jahrhunderts entsekt, um seinen Siegeslauf über die Erde anzutreten. Die Proletarisierung der Massen ging in einem vorher nie gekannten Umfange vor sich, und Hunderttausende von beschäftigungslosen Arbeitern waren in allen Ländern zu verzeichnen. Die Not und das Elend breitetest Volksschichten wuchs mit die Entwicklung, und deshalb trat Helvetius für seine Maßregel ein. Er täuschte sich allerdings nicht darüber, daß seine Idee der Erfüllung seiner Forderung nicht günstig sei. Er fragte: „In welchem Lande Europas die Sache zuerst bewerkstelligt? Daran ist so bald nicht zu denken.“ Diese pessimistische Umwandlung wird sofort wieder behoben durch die folgenden Sätze, indem er sagt: „Und dennoch läßt sich bei der sich täglich mehrenden Herrschaft der Zustände in den sämtlichen Staaten erkennen, daß die Sache keineswegs eine platonische (das heißt eine nicht zu verwirklichende) ist. Ueber kurz oder lang müssen, wie die Weisen sagen, alle Möglichkeiten zu Wirklichkeiten werden.“

Sobann schrieb der Dichter Wieland in seinem 1794 erschienenen „Goldenen Spiegel“ folgendes: „Die Natur hat die Erhöhung zur Belohnung der Arbeit, nicht zur Beschäftigung des Müßigganges bestimmt. Arbeit, Vergnügen und Ruhe, jedes zu gleichen Teilen vermischt (also auch die Achtstundentagsarbeit) und nach dem Stande der Kultur gewechselt, wirken Wunder. Freut euch eures Daseins, eurer Menschlichkeit, soviel wie möglich, jeden Augenblick eures Lebens.“ Hier das unüberhörliche Gesetz der Natur: Ohne Arbeit keine Gesundheit der Seele noch des Leibes, ohne diese ist keine Glückseligkeit möglich. Die Natur will, daß ihr die Mittel zur Erhaltung und Verbesserung eures Daseins als Früchte eurer mäßigen Arbeit an ihrem Schöße ziehen sollt. Nichts als eine nach dem Grade unserer Kräfte abgemessene Arbeit kann uns die Gesundheit erhalten.“ Diesen „Goldenen Spiegel“ mühten die Herrschenden von heute einmal hernehmen und in ihn hineinschauen. Sie würden finden, daß das Witz, das darin zu sehen ist, auf dem Kopfe steht; denn die „Erhöhung“ ist heute keine „Belohnung der Arbeit“, sondern tatsächlich eine Belohnung und „Beschäftigung des Müßigganges“. Nur der kann sich des Lebens freuen, der nichts tut; durch Müßiggang verliert die Herrschenden ihr Dasein, während sie die anderen für sich arbeiten lassen, denn die Arbeit zur Last und zur Qual wird, weil sie über ihre Kräfte arbeiten müssen und ihnen zur „Erhöhung“ keine Zeit, aber auch keine Mittel übrig bleiben. Wie es mit der Gesundheit der Arbeitenden ausieht, darüber ein andermal. Das ist ein besonderes Kapitel, und zwar ein schier unerschöpfliches.

Im Jahre 1796 erschien ein Buch des Arztes Christoph Wilhelm v. Sufeland: „Makrobiotik oder die Kunst, das tägliche Leben zu verlängern“, in dem dieser Wissenschaftler sagt: „Die naturgemäße Einteilung des Tages bleibt gewiß die Acht Stunden der Arbeit, acht Stunden der Ruhe und acht Stunden der Nahrung, körperlichen Bewegung, Gesellschaft und Aufbebung.“

Wir sehen also, daß die Idee der geregelten Arbeitszeit auf der Basis des Achtstundentages nicht die „Frucht des sozialdemokratischen Umsturzes“ ist, sondern daß diese Idee von großen Gelehrten der verschiedensten Generationen vorgeworfen worden ist, ehe an die Sozialdemokratie gedacht werden konnte. Allerdings an die Verwirklichung der Idee des achtstündigen Arbeitstages heranzutreten, blieb denen vorbehalten, die das dringendste, größte und unmittelbarste Interesse an dieser Verwirklichung haben, den Arbeiter selbst.

Bereits im Jahre 1817 verlangte einer der hervorragenden Vertreter der kürzeren Arbeitszeit, der englische Vorkämpfer des Sozialismus, Robert Owen, den gesetzlichen achtstündigen Arbeitstag, und seiner Agitation und seinem persönlichen Eintreten hatten zu Anfang der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts es die Arbeiter in England zu danken, daß sie mehrfach eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit erzielten. Aber der organisierte Kampf begann im Jahre 1847 in Australien. Den ersten beachtenswerten Erfolg brachte das Jahr 1855. Gelegentlich der Ausführung öffentlicher Gebäude in Melbourne beschloßen die dabei beschäftigten Maurer in einer Versammlung, daß für alle Zweige der Baugewerke künftig eine achtstündige Arbeitszeit als Tagewerk zu betrachten sei. Diese Forderung wurde bewilligt. Maurer, Steinmetzen und Zimmerer arbeiteten sogar nur 45 Stunden pro Woche, weil jeden Sonnabend statt 8 nur 5 Stunden gearbeitet wurde. Um diese Zeit hatte der englische Fabrikinspektor Saunders den Anspruch getan, daß „weitere Schritte zur Reform der Gesellschaft niemals mit Aussicht auf Erfolg durchzuführen sind, wenn nicht vorher der Arbeitstag bekränkt und seine vorgeschriebene Schranke strikt erzwungen wird.“

Nach dem australischen Erfolg trat die Bewegung in England und Amerika hervor. Im Jahre 1860 erklärte der Präsident eines in Nottingham stattgefundenen Meetings: „Was soll

Manifest an die Arbeiter aller Länder

Der Zeitpunkt ist nicht ferne, an dem die Menschheit vom zehnten Mal mit Entsetzen auf jenen unheilvollen Augusttag zurückschauen wird...

Eine Macht in der Welt gibt es, die Bürge dafür ist, daß dieser Haß nicht verschwindet. Als die Menschheit angeht...

Krieg dem Kriege! Es lebe der Weltfrieden!

Internationaler Gewerkschaftsbund:

Léon Jouhaux, Th. Leipart, C. Mertens, Vizevorsitzende.

Jan Oudegeest, Joh. Sassenbach, John W. Brown, Sekretäre.

- Amsterdam — Nederl. Verbond van Vakverenigingen, R. Stenhuis, Bern — Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Karl Dürr...

- Belgrad — Glavni Radnicki Savez Jugoslavije, Luka Pavicevic, Brüssel — Commission Syndicale de Belgique, Corn. Mertens...

- Berlin — Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Th. Leipart, Budapest — Magyarországi Szakszervezeti Tanács, S. Jászai...

Amsterdam, April 1924.

man denken von einer Stadt, die ein öffentliches Meeting abhält, um zu petitionieren, daß die Arbeitszeit der Männer täglich auf 8 Stunden beschränkt werden solle...

Zu Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts entbrannte in den nordamerikanischen Staaten jener bekannte furchtbare Bürgerkrieg. So kulturschädlich an sich jeder Krieg ist...

infolge des ruckartig zum Stillstand gekommenen Völkermordens in die Heimat zurückkehren, dort Beschäftigung erheischend. Die Arbeit mußte deshalb rationiert werden...

Heute rächen sich die Arbeitgeber an der Arbeiterschaft für ihre Schwachheit, die sie gezeigt haben bei dem Ansturz. Sie können das um so mehr tun, als sie die Positionen der Arbeiterschaft durch Wirtschaftskrisen...

Baut wieder mit auf!

In den Berichten der Zahlstellentkonferenzen von Schlefien und Sachsen ist u. a. Stellung zum Beitrags- und Unterstüzungswesen unseres Verbandes genommen worden...

menschenvürdiger Löhne für Erwachsene und Jugendliche, sowie Lehrlinge bedingen nicht nur die Einheit und Geschlossenheit unseres Verbandes...

Da die Inflation die Gewerkschaften ihrer Vermögen beraubt hat und die Kassen der Verbände völlig ausplündert, so muß wieder von vorn mit dem finanziellen Aufbau begonnen werden...

In erster Linie muß darauf hingewiesen werden, daß bei den Massenverhältnissen von vorn begonnen werden muß, genau wie bei einer neugegründeten Organisation...

Nach den Kassenberichten der Jahre 1909 bis 1913 floß der Hauptkassenertrag ein wöchentliches Durchschnittsbeitrag von 60 Pf., 57, 54 und 55 Pf. zu. Drei Viertel der Mitglieder zahlte über 60 Pf. Durchschnittsbeitrag...

Bei einer Neuordnung der Verbandseinrichtungen und der Wiedereinführung von Unterstützungsmaßnahmen, wie sie früher bestanden haben und von eilichen Zahlstellen schon wieder gefordert wurden...

In den Mitgliederkreisen wird hoffentlich dieser bedeutenden Frage unseres Verbandes auch das entsprechende Augenmerk zugewendet, wozu die Zahlstellentkassierer bei der Bekanntgabe der Vierteljahrsabrechnungen manchen Nebenblick über das Beitragswesen der Zahlstellen zu geben vermögen...

Wir Porzellanarbeiter sind etwa nicht die einzige Organisation, die zu Minderungsmaßnahmen greifen muß. Die Mitgliederzahl der Verbände ist schon vorausgegangen und beschloß höhere und dann Extrabeiträge...

